

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Postfach: 120408
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 886846 pobn d



Inhalt

Inge Wettig-Danielmeier
MdL, AsF-Bundesvorsitzen-
de, warnt vor einer Zangen-
bewegung der Union in der
Frauenpolitik. Seite 1

Peter Conradi MdB weist
auf den schlimmsten Aspekt
in der Affäre Boenisch hin:
Käuflichkeit eines Journali-
sten. Seite 2

Michael Müller MdB stellt
den alternativen Beschäfti-
gungssektor vor. Seite 3

Helmut G. Schmidt, Chef-
redakteur des SPD-Press-
dienstes, würdigt den frühe-
ren Pressedienst-Redakteur
Albert Exler zu seinem 75.
Geburtstag. Seite 6

40. Jahrgang / 124

4. Juli 1985

Der Umweg über Karlsruhe

Die Liberalisierung des Paragraphen 218 soll ausgehebelt werden

Von Inge Wettig-Danielmeier MdL
Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen
(AsF) und Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Das Vorhaben der rheinland-pfälzischen Landesregierung, beim Verfas-
sungsgericht gegen die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen
wegen einer sozialen Notlage zu klagen, macht wieder einmal deutlich,
daß die Konservativen tatsächlich die Interessen der weiblichen Bevöl-
kerung mißachten. Wenn der Paragraph 218 tatsächlich in der von der
CDU/CSU angestrebten Weise verändert wird, dann geht das voll zu La-
sten der wirtschaftlich schwächsten Frauen, der Arbeitslosen, der jun-
gen Frauen, die keinen Ausbildungsplatz und keine Beschäftigung fin-
den können.

Weil im Bundestag eine Initiative von CDU/CSU-Männern, die Notla-
genindikation über den Gesetzgebungsweg aus der Krankenkassenfinan-
zierung herauszunehmen, am Widerstand der Frauen scheiterte, soll
nun das Bundesverfassungsgericht entscheiden. Auf der Strecke bleiben
der Gesetzgeber, also die gewählte Interessenvertretung der Bevölkerung
und die Frauen, die als Betroffene von der Entscheidungsfindung ausge-
schlossen werden.

Mit der Initiative der rheinland-pfälzischen Landesregierung stiehlt sich
die CDU/CSU aus der politischen Verantwortung. Die Gründe liegen
auf der Hand: Einerseits versucht Generalsekretär Geißler die Christde-
mokraten als "Partner" der Frauen hoffähig zu machen, andererseits
emotionalisieren konservative Kreise aus Kirche und Politik die Diskus-
sion um den Paragraphen 218 und setzen so die Christdemokraten unter
Druck. Für mich steht fest, die Frauen werden sich nicht täuschen las-
sen.
(-/4.7.1985/va/ks)

+ + +

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 1

Herstellung: Druckerei
mit modernster Ausrüstung
Kreuzweg-Papier



Schöne Aussichten

Zum Kauf des Journalisten Boenisch durch die Firma Daimler-Benz

Von Peter Conradi MdB

Über den Steuerbetrug des ehemaligen BILD-Chefredakteurs und späteren Regierungssprechers Boenisch wird in allen Zeitungen ausführlich berichtet. Merkwürdig schweigsam sind die Zeitungen jedoch zu dem Vorgang, der hinter diesem Steuerbetrug steht.

Da zahlt eine "Nobel"-Firma wie Daimler-Benz über viele Jahre hinweg einem Journalisten monatlich DM 12.500 (auf ein Schweizer Konto!) angeblich für Beratungen, in Wirklichkeit dafür, daß er im Interesse dieser Firma schreibt. Ein gekaufter Journalist also, den Daimler-Benz sich im Hause Springer hieft.

12.500 DM im Monat - insgesamt hat Boenisch aus Untertürkheim mehr als eine Million DM bekommen - das ist viel Geld. Aber verglichen mit den Anzeigenkosten in deutschen Zeitungen war das preiswert, zumal das Leserpublikum zwischen redaktionellem Text und Werbung unterscheidet. Bei der BILD-Zeitung offenbar zu unrecht. Dort waren nicht nur die Anzeigen, dort waren auch die redaktionellen Beiträge des Chefredakteurs von "Kunden" bezahlt.

Als Zeitungsläser fragt man sich, ob das ein Einzelfall war? Welche anderen Journalisten arbeiten für Daimler-Benz? Welche anderen Unternehmen bezahlen Journalisten für genehme Berichterstattung? Welche Vorkehrungen und Kontrollen schaffen Redaktionen gegen diese Art von "Journalistenkauf"?

Die Presse feiert sich selbst gerne neben Legislative, Exekutive und Justiz als vierte Säule der Demokratie. Über die Verflechtung von Geld und Politik wird zum Glück ausführlich berichtet. Demokratie ist auf freie Berichterstattung, auf Kontrolle durch die Presse angewiesen. Wenn der Bundestag jetzt um neue Verhaltensregeln ringt, die mehr Licht in die Verfilzungen von Geld und Politik bringen sollen, dann ist das nicht zuletzt Verdienst der freien Presse.

Aber wie frei ist diese Presse? Daß Pressefreiheit bei uns die Freiheit von einigen Dutzend Leuten ist, die eine Zeitung besitzen, ist oft gesagt worden. Ist Pressefreiheit daneben auch die Freiheit einiger großer Unternehmen, sich Journalisten für genehme Berichterstattung kaufen zu können?

Ich kenne einige Journalisten, an deren persönlicher beruflicher Integrität ich keinen Zweifel habe. Ich kann nur hoffen, daß Fälle wie Boenisch die Ausnahme, nicht die Regel sind. Was die Abgeordneten betrifft, versucht der Bundestag, in einem Akt von "Selbstreinigung" (Hildegard Hamm-Brücher) sein Haus in Ordnung zu bringen und dem Verdacht zu begegnen, Politik sei bei uns käuflich. Was tun die Zeitungen, die Redaktionen, die Journalisten gegen den Verdacht, ihre Berichterstattung sei käuflich?

Die Frage richtet sich nicht nur an die Presse, sie stellt sich auch den Fernsehanstalten. Bislang hielt ich das öffentliche Fernsehen für unbestechlich. Wenn ein bekannter TV-Autotester Schmiergelder einer Autofirma nimmt, frage ich mich, war das die Ausnahme oder die Regel? Welche Vorkehrungen treffen die Fernsehanstalten gegen solche Methoden? Wenn das schon beim öffentlichen Fernsehen möglich ist, was blüht uns da erst beim privaten Fernsehen, das Lothar Späth und die Union uns anpreisen? Da wird das Prinzip, "wer zahlt, schafft an" erst recht gelten. Schöne Aussichten sind das!

(-/4.7.1985/bb/ks)

+ + +



Den alternativen Sektor der Beschäftigung fördern

Seine Impulse sind bereits heute von großer Bedeutung für Jugendliche

Von Michael Müller MdB

Vorrangiges Ziel der Selbstverwaltungswirtschaft ist nicht die Bereitstellung von Nischen für Arbeitslose, diese Betriebe können auch nur begrenzt einen Beitrag gegen die Beschäftigungskrise leisten. Weit wichtiger für die Selbstverwaltungswirtschaft (insbesondere auf der Basis genossenschaftlicher Prinzipien) sind die Anstöße, die von diesem Sektor für wirtschaftsdemokratische Reformen und für eine neue Qualität von Arbeit und Leben ausgehen. Dieser Teil des Alternativsektors darf deshalb nicht als Lückenbüsser mißverstanden werden, der in der Krise als Auffangmöglichkeit für Arbeitslose gesehen wird. Diese Betriebe sind vielmehr ein wichtiges Lernfeld für ein anderes Arbeiten und Leben in größerer Solidarität bei gleichzeitig erweiterter Selbstbestimmung des Einzelnen. Von hier aus können wichtige Impulse für eine Reformpolitik ausgehen.

Dieser Selbsthilfe- und Selbstverwaltungsansatz darf nicht als konservative Entstaatlichungsideologie oder neue "grüne" Subsidiarität fehlinterpretiert werden.

Gerade angesichts der tiefgreifenden Umbrüche in der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung muß die SPD ein großes reformpolitisches Interesse daran haben, die Bedingungen für die Arbeit in diesem Sektor wesentlich zu verbessern. Die wirtschafts- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen sind heute nicht auf eine Berücksichtigung der Zielsetzungen der Selbstverwaltungswirtschaft ausgerichtet, sondern stellen vor allem auf die privatwirtschaftliche Rentabilität ab. Dies ist aber bei der Selbstverwaltungswirtschaft nur eins von mehreren wichtigen Zielen.

Da Kreativität, ganzheitlicheres Verständnis von Arbeit und Leben sowie größere gesamtgesellschaftliche Verantwortung angesichts der ökonomischen Durchdringung aller gesellschaftlichen Bereiche und den neuen Möglichkeiten der dritten industriellen Revolution in der Zukunft wesentlich größere Bedeutung gewinnen werden, hat die Förderung und Weiterentwicklung der Selbstverwaltung (insbesondere der Genossenschaften) für die SPD einen hohen reformpolitischen Wert. Aber auch im sozialen und kulturellen Bereich sind von der Selbsthilfebewegung wichtige Innovationen angestoßen und erfolgreiche Praxisbeispiele erprobt worden.

Anders als in anderen (vor allem europäischen) Ländern sind in der Bundesrepublik Berührungsängste und Vorurteile gegenüber diesen neuen Selbsthilfe- und Selbstverwaltungsansätzen weit verbreitet. Dies gilt zum Teil auch für SPD und Gewerkschaften, obwohl in der Geschichte der SPD die Genossenschaftsbewegung eine wichtige Rolle gespielt hat. Diese Spannungen sind auf mehrere Gründe zurückzuführen:

- Der heutige Alternativsektor versteht sich auch als reformpolitische Erneuerung der traditionellen Genossenschaften. Dies macht bisweilen die Diskussion schwierig.
- Es gibt Versuche der ideologischen Vereinnahmung durch Konservative oder Grün-Alternative, wodurch die Vorbehalte verstärkt wurden.
- Die Informationen über das politische und soziale Selbstverständnis des Alternativsektors sind weitgehend unzureichend.
- Der spezifisch reformpolitische Ansatz der Selbstverwaltungswirtschaft ergibt sich nicht wie in der gewerkschaftlichen Arbeit vorrangig aus der betrieblichen Konfrontation zwischen Kapital und Arbeit, so daß der Fortschritt weit weniger mit Erfolgen im Verteilungskampf verbunden ist.



- Die schlechten Rahmenbedingungen für den Alternativsektor (zum Beispiel mangelnde Finanzierung, schlechte Kreditmöglichkeiten, unzureichender Marktzugang), die nicht einmal eine Gleichberechtigung zum normalen Sektor ermöglichen, sind in der Regel die Ursache für unzureichende soziale Bedingungen (Stichwort: Selbstausbeutung). Dies wird aber fälschlicherweise ideologisch als antigewerkschaftlich überhöht.

Der Alternativsektor ist keine "Spielwiese". Seine Förderung sollte deshalb neben anderen wichtigen wirtschaftspolitischen Zielen (Arbeitszeitverkürzung, gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung, Arbeit und Umwelt) Bestandteil einer sozialdemokratischen Reformkonzeption sein. Selbstverwaltung wird nicht zuletzt auch deshalb für SPD und Gewerkschaften in der Zukunft weit wichtiger, weil hierin Belegschaften zunehmend eine Alternative zu Betriebschließung und Arbeitslosigkeit sehen. Damit wird die Diskussion insbesondere in den Gewerkschaften eine sehr viel weiterreichende Dimension bekommen.

Auch wenn heute "nur" rund 3.000 Ausbildungsplätze im Alternativsektor angeboten werden, so sind die qualitativen Ausbildungsleistungen beachtlich. Die heute bestehenden Projekte fördern in besonderer Weise die Persönlichkeitsentwicklung und stärken das Selbstbewußtsein des Einzelnen. Dies gilt vor allem für benachteiligte Jugendliche. Die Beweglichkeit für die Entwicklung neuer Arbeitsfelder ist groß; die Innovationen zu zukunftsträchtigen Bereichen (zum Beispiel Umwelttechnologien) sind beachtenswert. Zudem werden neue Wege (zum Beispiel durch Kooperationsformen untereinander) beschritten, um Ausbildung mit Anschlußarbeit zu verbinden. Letztlich wird durch praktische Beispiele versucht, ein ganzheitlicheres Verständnis von Zusammenhängen Arbeit/Ausbildung mit anderen Lebensbereichen zu verwirklichen.

Die Förderung des Selbstverwaltungsbereichs sollte vor allem folgende Ziele haben:

- Verbesserung von Beratungseinrichtungen,
- Verbesserung der Finanzierungsbasis und
- Anerkennung der Selbstverwaltungsform in den gesetzlichen Bestimmungen.

Diese Forderungen werden vorrangig erhoben, um die Rahmenbedingungen zu verbessern und um mehr Gleichberechtigung gegenüber dem "normalen" Wirtschaftssektor zu erreichen.

Interessante und verfolgenswerte Ansätze ergeben sich aus dem österreichischen Weg der Selbstverwaltung, der dort von der Gesellschaft als wichtig anerkannt ist und der von den Gewerkschaften aktiv mitgetragen wird.

Vorrangig geht es dabei um die Novelle des Arbeitsmarktförderungsgesetzes von 1983, die unter regionalen und beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten die Betriebsübernahme durch die Belegschaft in Selbstverwaltung durch beträchtliche Zuschüsse zur Eigenkapitalbildung fördert. Ebenso wichtig ist die Einrichtung der österreichischen Studien- und Beratungsgesellschaft, die entsprechende Projekte berät, Weiterführungskonzepte erarbeitet, die Qualifizierung der Beschäftigten organisiert und zwischen selbstverwaltetem Betrieb, Staat, Gewerkschaften, Arbeiterkammern und sonstigen Stellen vermittelt. Diese ÖSB hat bereits beträchtliche Erfolge in einer knapp zweijährigen Tätigkeit vorzuweisen.



Für die Sozialdemokraten und vor allem für die SPD-Bundestagsfraktion sollten folgende Punkte geprüft werden:

1. Einrichtung von regionalen Beratungs- und Weiterbildungseinrichtungen.
2. Ausbau und Weiterentwicklung der heutigen Instrumente der Sozial-, Jugend- und Arbeitsmarktpolitik.
3. Vorschläge entsprechend der Novelle des österreichischen Arbeitsmarktförderungsgesetzes für die Einrichtung von Dauerarbeitsplätzen.
4. Fonds oder Etatpositionen zur Starthilfe von selbstverwalteten Betrieben.
5. Formen von Kreditgarantiegemeinschaften für die Selbstverwaltungswirtschaft.
6. Gleichberechtigte Anerkennung selbstverwalteter Organisationsformen in den gesetzlichen Bestimmungen.
7. Erweiterung des Genossenschaftsgesetzes.
8. Verbesserte Zugangsmöglichkeiten und Förderungshilfen für die Selbstverwaltungswirtschaft in Zukunftsbereichen, einschließlich einer Beteiligung an Forschungsprogrammen (zum Beispiel Umwelt).

Die Entwicklung und Umsetzung dieser Forderungen muß in Zusammenarbeit mit dem Selbstverwaltungsbereich und den Gewerkschaften erfolgen, wobei den bereits gewachsenen Strukturen des Alternativsektors Rechnung getragen werden muß. SPD-regierte Bundesländer und viele Kommunen fördern bereits aktiv neue Initiativen auf genossenschaftlicher Basis. Zu nennen sind insbesondere:

- entsprechende Förderungsfonds in Bremen und Hessen,
- der Aufbau eines Beraternetzes in Nordrhein-Westfalen sowie
- die Überlegungen zur Förderung genossenschaftlicher Strukturen im Saarland.

(-/4.7.1985/va/ks)

+ + +



Dienen ist ihm wichtiger als einflußreiche Posten bekleiden

Albert Exler zum 75. Geburtstag

Von Helmut G. Schmidt
Chefredakteur des SPD-Pressedienstes

Er sprang mit dem Fallschirm über seiner von den Faschisten besetzten sudetendeutschen Heimat ab, um die Vorarbeiten für eine Aussöhnung der Sudetendeutschen mit den Tschechen nach dem Kriege vorzubereiten. Albert Exler hatte damals, im Frühjahr 1944, weder die für einen solchen Auftrag ausreichende technische Ausbildung noch die entsprechenden diplomatischen Weihen für einen solchen Vermittlungsauftrag. Trotzdem sprang er gemeinsam mit Arthur Schober und anderen furchtlos aus der britischen Maschine.

Die geheime Mission war jedoch verraten worden. Exler konnte sich nach Wien durchschlagen, wo er allerdings der Gestapo in die Hände lief. Haft und Todesdrohung waren die Folge. Die tschechoslowakische Regierung führte eisern durch, was sie im Exil beschlossen hatte: Die Vertreibung der deutschstämmigen Bevölkerung aus dem Sudetenland, die sich jetzt zum 40. Male jährt, und der auch viele engagierte Antifaschisten zum Opfer gefallen waren.

Albert Exler mußte in seinem Leben viel hinnehmen. Immer war seine Bereitschaft Verantwortung zu übernehmen und Leid zu ertragen größer als sein Ehrgeiz nach Ruhm und Ehre. Heute vor 75 Jahren wurde er im mährischen Weigelsdorf geboren. Nach seiner Lehrzeit als Drucker wollte Albert Exler nicht stehenbleiben. Er verfaßte Texte und wurde bald Redakteur. Bei der sozialdemokratischen "Volkswacht" in Troppau erlernte er das journalistische Handwerk. Mit 16 war er der Sudetendeutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei beigetreten, die im Gegensatz zum wachsenden Nationalismus im Sudetenland immer den Ausgleich mit den tschechischen Mitbürgern suchte. Das Münchner Abkommen machte diesen Bemühungen ein jähes Ende. Nach der Besetzung des Sudetenlandes durch Hitler und der erzwungenen Auflösung der Sozialdemokratie floh Albert Exler nach Finnland. Der Einmarsch der Hitlerarmee in der Sowjetunion beendete Exlers Exil in Finnland jäh. Nach kurzer Zwischenstation in Schweden wurde der engagierte SPD-Journalist aus Troppau von Wenzel Jaksch nach London geholt, wohin sich die Treuegemeinschaft Sudetendeutscher Sozialdemokraten geflüchtet hatte. 1944 dann der geheime Auftrag an Albert Exler. Die tschechoslowakische Exilregierung, so war den Sozialdemokraten im Exil bekannt geworden, plante die Vertreibung des überwältigenden Teils der sudetendeutschen Bevölkerung. Exlers Versuch des Brückenschlags zu den tschechischen Demokraten und gemeinsamen Freunden aus seiner Zeit in der tschechoslowakischen Armee mißlang. Die bitterste Enttäuschung im Leben Albert Exlers mit verheerenden Folgen.

Nach der Befreiung aus der Gestapo-Haft in Wien, 1945, ging Albert Exler zurück nach London, studierte Wirtschaftswissenschaft und wurde später journalistisch für die SPD-Zeitungen Neue-Ruhr-Zeitung und Hannoversche Presse tätig. Beim SPD-Vorstand in Hannover hatte man den Namen Albert Exler nicht vergessen. Kurt Schumacher, Albert Exlers politisches Vorbild bis heute, Alfred Nau und Fritz Heine baten Exler als verantwortlicher Redakteur zum SPD-Pressedienst zu kommen. Bis 1973 begleitete Exler dann die Bonner Politik berichtend und kommentierend. Über zwanzig Jahre bewies der in der Wolle gefärbte Sozialdemokrat ein sicheres und unabhängiges Urteil, wo nötig kritische Solidarität und vor allem Sinn für Realismus.

Albert Exler war nie einer der Lauten im Lande. So war es damals in der Sudetendeutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, so war es im Londoner Exil, und so ist es bis heute geblieben. Dienen war und ist für ihn wichtiger als der Ehrgeiz nach einflußreichen Posten. Das Dienen hat Albert Exler auch im Alter von 75 Jahren nicht verlernt. Heute hilft er beim Arbeitskreis "Journalisten helfen Journalisten", wo er sich um in Not geratene Kollegen kümmert. Und der SPD-Ortsverein Bonn-Mitte weiß, was er an der engagierten Mitarbeit Albert Exlers in der Seniorenarbeit zu schätzen hat. (-/4.7.1985/va/ks)

+ + +

